

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Meisa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Meisa, des Finanzamts Meisa und des Hauptzollamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassenzettel: Dresden 1923  
Circulose Meisa Nr. 52.

Nr. 260.

Mittwoch, 7. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. 11. bis 31. 12. 21 Markanten M., einjährig. Anzeigen-Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 120 M.; die 20 mm breite Zeile 80 M.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Reklamepreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenzifferzahl. Beste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Meisa. Nichtständige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Meisa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Schlußfrist: 130 Millionen. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Meisa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Meisa.

## Regierungserklärung des sächsischen Ministerpräsidenten

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 6. November 1923.

Regierungserklärung und Auflösungsantrag standen für die heutige Sitzung auf der Tagesordnung. Man sollte meinen, daß angesichts solcher Dinge der Natur auf die Landtagssitzung ein gewaltiger Sturm blies. Aber das Interesse ist scheinbar abgetümpelt. Die Tribünen weisen viele Lücken auf. Sofort nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten erhält das Wort Ministerpräsident Reiffisch zu folgender Erklärung:

Meine Damen und Herren! Die Regierung, die in schwerer Zeit der Not von Volk und Land ihr verantwortungsvolles Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Jeder Versuch, die Verfassung zu verletzen, von woher er auch kommen möge, sprengt das soziale Gefüge eines Landes, zermürbt seine Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit.

Es erschien geboten, die dem eigenen allgemeinen Volkswillen widersprechende reichskommissarische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Beachtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung ihre oberste Pflicht sieht.

Ich versichere, daß die Regierung diese Pflicht getreu erfüllen will. Sie fordert aber Achtung der Verfassung im ganzen Reich und rüchtiloses Vorgehen der Reichsorgane. Überall dort, wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt, es darf aber nicht vorkommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhalten wissen will, durch das Reich befristet wird.

Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich ist.

Gerade jetzt ist es ein ehernes Nichts, das jeder Regierung, alle im Volke und seiner Wirtschaft auflodernden Kräfte zu konzentrieren zu dem Zweck, das lachende Geld, das heute nicht mehr nur allein die Masse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Sozial- und Kleinrentner, sondern vor allem auch schon weite Kreise des Mittelstandes erfährt hat, zu lindern. Die Regierung muß daher von allen Volksteilen erwarten, daß soziale Wirtschaft über eigenem Vorteil stehen und wahrhafte Menschenökonomie als Erfolgsziel jeder emulgen, produktiven Arbeit betrachtet wird. Die Regierung wird in diesem Zweck alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Wirtschaftsleben zu fördern.

Die neue Regierung stellt den ersten Versuch dar, auf verfassungsmäßiger parlamentarischer Grundlage die Militärverwaltung im Lande zu befristigen und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachsen wieder herzustellen.

Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Lande und vom ganzen Volke richtig erkannt und an ihrer Lösung von allen redlich mitgearbeitet wird, um hohe Güter für Wirtschaft und Freiheit zu retten. (Schwacher Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Verlesung der Erklärung verlas sich das Haus auf 2 Stunden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr wird in die ordentliche

### Besprechung der Regierungserklärung

eingetreten.

Abg. Wirth (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion billigt die Regierungserklärung. Die Vereinbarungen, die mit den Kommunisten zur Regierung gezeichnet worden, seien von den Kommunisten nicht gehalten worden. Seine Partei mißbilligt die Aufhebung der Kommunisten gegen die Reichsregierung und ebenso das Vorgehen der Reichsorgane gegen Sachsen. In Bayern müßten verfassungsmäßige Zustände herbeigeführt werden. Die erste Aufgabe der Regierung sei die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und die Behebung der sichtbaren Not. Seine Fraktion sei der Überzeugung, daß die Regierung willens sei, diese Aufgabe zu lösen und spreche deshalb der neuen Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Weutter (Dnat.): Der Faden, der von der neuen Regierung gesponnen werde, ist der gleiche wie früher, nur die Personen sind andere geworden, nicht ihre Anschauungen. Redner beschäftigt sich dann mit den Ereignissen, die zu dieser Regierungsbildung geführt hätten. Die Regierung Reigner-Böttcher-Brandt sei ein Satirspiel. Sachsen hat sich mit dieser Regierung vor der ganzen Welt, soweit es möglich war, blamiert. Blamiert hat sich damit auch die sozialdemokratische Partei. Denn wie man einem Reigner, einem Alletanten vom reinen Wasser, die politische Führung überlassen konnte, wird man nicht begreifen. Begreifen wird man nicht, wie man einen Böttcher zum Finanzminister machen konnte. Ein Aulatzen ging durch ganz Sachsen, als Helms als Reichskommissar auftrat und damit die Tat und nicht mehr das Wort die Stunde regierte. Die seitwellige Ausschaltung des Parlaments hat im Lande durchaus keinen großen Anstoß erregt. (Geltend.) Aber die Tat reizte nicht Lassa in Sachsen. Strafe

mann und Ebert wurden mit ihrem eignen Mute hange, und Stresemann verschlug Heine mit einer Eisenklinge das Mikroskop, weil die sächsischen Ereignisse die große Koalition ins Wanken brachten. Das sächsische Volk ist durch das blühliche Verschwinden Reiners enttäuscht worden. Wir hatten die große Koalition im Reich für einen großen Fortschritt deutscher Politik. Dieser Koalition bringen wir kein Opfer. Nur eins kann Deutschland retten: die Zusammenfassung aller Nationalitäten, unter Einbeziehung der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten. (Großer Lärm links. Zurufe: Geben Sie doch nach München!) In dem Kampfe zwischen Bayern und dem Reich stehen wir auf der Seite Bayerns. (Abg. Böttcher ruft: Ihr Scheinbündnis! Dankschrei!) Dem Dogma: ohne die Sozialdemokratie kann in Deutschland nicht regiert werden, stellen wir entgegen: Deutschland kann aus dem Unlück, in das es mit Hilfe der Sozialdemokratie gestürzt worden ist, nur gerettet werden ohne die Sozialdemokratie. Auf eine dauernde Zerklüftung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten darf man nicht rechnen. Die Bürgerlichen müssen selbst die Hand ans Werk legen. Großes Interesse erweckt die Regierungserklärung nicht. Es fehlt in ihr auch das Versprechen, alle Volksteile zu schützen und Recht und Ordnung zu achten. Dem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages stimmen wir selbstverständlich zu. Was mit diesem Landtag! Der nächste Landtag wird ein besserer sein.

Abg. Dr. Kaiser (Dn.) verteidigt dem Vorredner gegenüber, der Reichskanzler Stresemann habe da als Vertreter des Reiches, ihm gegenüber Bayern, Namens seiner Freunde erklärt er: Wir nehmen von der friedlichen Verfassung der Regierung Kenntnis, daß sie jedem Verleumdung der Verfassung zu verhindern, entgegenzutreten will. Wir widersprechen aber der in der Regierungserklärung ausgesprochenen Auffassung, daß die Maßnahmen des Reiches gegenüber Sachsen sachlich und in der Form dem allgemeinen Volkswillen widersprechen hätten und unerträglich gemessen seien. Es wird an der Regierung und dem Volke liegen, daß derartige Maßnahmen sich nicht wieder notwendig erweisen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie der Hege gegen die Reichswehr entgegensteht und im verständnisvollen Einvernehmen mit ihr zu leben vermag. Weiter fordern wir, daß sie die politische Meinungsfreiheit der Beamten mehr als bisher achtet und mit dem früheren Softem bricht, daß sie für Arbeit und Lebensmittel sorgt und den Wiederaufbau der schwer erschütterten sächsischen Wirtschaft fördert. Redner begründet dann seinen Antrag auf Auflösung des Landtages. Die gegenwärtige Regierung hat keine verlässliche Mehrheit im Landtage hinter sich. Es muß der Versuch gemacht werden, durch Hinwahl einer Mehrheit zu schaffen, die die Staatsnotwendigkeiten erkennt und den gesamten Interessen des Volkes gerecht wird, nicht aber einzelne Parteiziele verfolgt.

Abg. Böttcher (Komm.) hält eine lange Rede, in der er die gegenwärtigen Zustände in Sachsen von seinem Standpunkte aus schildert. Dem Antrag auf Auflösung des Landtages werde seine Partei zustimmen. Das Haus leert sich während der Rede bis auf wenige Abgeordnete. Zum Schluß erklärt Redner, seine Partei habe kein Vertrauen zu dieser Regierung.

Abg. Dr. Siefert (Dem.) rechnet zunächst mit dem Kommunistischen Redner ab. So sei noch nicht gebenedigt worden, wie soeben. Zwei Punkte in der Regierungserklärung erschienen uns grundlegend und wichtig: Das ist die Stellung zur Reichsverfassung, die in der letzten Regierungserklärung fehlte, und daß die Regierung sich selbst als eine Regierung des ganzen Volkes und nicht einer Partei. Den Worten muß nur die Tat folgen, und die erwarten wir. Den Vorgängen in Bayern wollen wir eine geschlossene Volksmasse entgegenstellen. (Abg. Siefert ruft: Zum Sozialverbändel! Weiter!) Dem Auflösungsantrag der Deutschen Volkspartei werde seine Partei widersprechen.

Abg. Wehke (Soz.) meint, bei der Rede Weutters habe er sich um 50 Jahre ins preussische Abgeordnetenhaus zurückversetzt gefühlt. (Abg. Weutter: War eine schöne Zeit, Wehke!) Redner stellt nochmals die Ergebnisse dar, die sich bei der Bildung der Regierung seitlich abgespielt haben. Die Wünsche der Kommunisten sollten nicht dem Schutze der Republik dienen, sondern zu ganz anderen durchlaufenden Staatsmaschinen wieder in Gang zu bringen. Nicht durch die leeren Versprechungen der Kommunisten werde der Hunger gehoben, sondern nur durch gezielte Maßnahmen. Und seine Partei würde sich freuen, wenn auch bürgerliche Kreise diesem Ziele ihre Arbeit leihen wollten.

Abg. Siewert (Komm.) erklärt, daß Zustandekommen dieser Regierung rechtfertige den kommunistischen Misstrauensantrag.

Abg. Weutter (Dnat.) sagt den Kommunisten, daß ihre Wahlsinnpolitik Schuld sei an dem Eingreifen der Reichswehr und dem Blute, das geflossen sei.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 8. Nov., nachmittags 1 Uhr: Kommunistischer Misstrauensantrag gegen die Regierung, zweite Beratung über den Antrag Dr. Kaiser auf Auflösung des Landtages.

## Volk in Not!

Dem Befehlshaber des Wehkreises 4 sub herrscht auf Grund seiner Bekanntmachung vom 20. Oktober 1923 wertvolle Bekämpfung Mittel zugeflossen. Durch den weiteren Marktzug hat sich aber der Preis der Bekämpfung so vervielfacht, daß diese erste Hilfe nicht genügend sichtbar wird. In einem Aufruf an alle Erwerbs- und Berufskräfte wendet sich der Befehlshaber deshalb abermals an die Bekämpfung. Es gilt, den Hunger und die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen. Hierzu bedarf es der Ausspannung der Kräfte des ganzen Volkes. Nicht lärgliche Almosen vom reichen Ueberflus, sondern wirkliche Opfer können allein helfen. Die mahachenden Verletzungen aller Erwerbs- und Berufskräfte haben den Schritt des Befehlshabers freudig begrüßt und ihre tätige Unterstützung zugesagt.

## Die politische Krise.

Fraktionsführungen im Reichstag.

Im Reichstag hielten gestern nachmittags die Fraktionen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Stimmungen ab, in denen hauptsächlich die Frage behandelt wurde, ob eine Beteiligung der Deutschen Nationalen an der Reichsregierung möglich sei. Wenn auch in der Sitzung der deutschen Nationalen Fraktion kein Beschluß gefaßt wurde, so kam doch die Meinung zum Ausdruck, daß eine Beteiligung der Deutschen Nationalen an der Reichsregierung unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform nur in Frage komme, wenn sie in der Regierung so vertreten werden, daß sie sich durchsetzen können. Voraussetzung sei ferner, daß alsbald auch die Zusammenfassung der preussischen Regierung entsprechend geändert werde. Die demokratische Fraktion verhielt sich völlig ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschen Nationalen in die Regierung aufzunehmen. Die Fraktionsberatungen und die Fühlungnahme der einzelnen Fraktionen untereinander sollen heute fortgesetzt werden.

## Die Möglichkeit eines bürgerlichen Kabinetts unter Stresemann.

Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags haben im Reichstage die verschiedenen Verhandlungen über die Möglichkeit der Ergänzung des Kabinetts stattgefunden. Die Auffassung parlamentarischer Kreise neigte am Abend dazu, daß die Möglichkeit eines bürgerlichen Kabinetts unter Dr. Stresemann mit Einschluß der Deutschen Nationalen etwas wahrscheinlicher geworden ist. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß die Deutschen Nationalen sich in Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei bereit erklärt haben, unter bestimmten Voraussetzungen in ein bürgerliches Kabinett einzutreten. Ueber diese Möglichkeit wurde nachher zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten mehrfach in interfraktionellen Beratungen verhandelt. Von positiven Ergebnissen kann aber noch nicht gesprochen werden.

## Ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Sozialdemokraten und Republikaner im Reich. Es sei heißt, Freischülerorganisationen zu bilden, die den Kampf mit den Organen der bürgerlichen Gewalt könne helfen. Die Sozialdemokraten und Republikaner werden aufgefordert, sich bereitzustellen.

## Ueber Poincarés Antwort.

London. Die französische Antwort ist bekanntlich Montag abend bei der britischen Regierung eingegangen. Wie vermutet wurde, schlägt sie vor, daß die Sachverständigen das Zahlungsvermögen Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick nur für eine beschränkte Anzahl von Jahren untersuchen sollen, entsprechend den von Poincaré in seiner Rede in Revers gegebenen Richtlinien. Es ist nicht deutlich gesagt, wie lang die Periode sein soll, auf die die Besprechungen der Sachverständigen sich beziehen sollen. Der britische drahtlose Dienst meldet: Wenn auch verläutet, daß die Note Poincarés eine bemerkenswerte Annäherung an die Auffassung der anderen Verbündeten sei, so ist doch anzunehmen, daß eine weitere Annäherung zur Erreichung einer Einigung gemacht werden wird. In London wird nicht zugesagt, daß Frankreich oder irgend ein anderer Verbündeter das Recht hat, eine durch die Reparationskommission angeordnete Unteruchung einzuschränken. Der Versailler Vertrag bestimmt, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Reparationskommission ist, die Quellen des deutschen Reichs zu untersuchen. Die Aufgabe einer Reparationskommission abzugeben, würde nur die Sache der Reparationskommission sein. Abgesehen von der zweifelhaften Legalität der Einwendungen Poincarés, würde eine Beschränkung der Unteruchung auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in der Gegenwart und nahen Zukunft die Zweckmäßigkeit der Unteruchung so offenbar beschränken, daß die Mächte es wahrscheinlich nicht der Mühe für wert halten würden, sie zu unternehmen.





Heutiger Dollarkurs (amt.): 631285000 000  
Vernsprechmeldung, ohne Gewähr.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 7. November 1923.

Die sächsische Regierung fordert Entschädigung durch den Staatsgerichtshof.

(Dresden. Die die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mittelt, hat die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Preiner sowie wegen Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommisnar und des Verstoßes des Landtagsaufsammensatzes am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen angeregt.

Eine Rundgebung der Gewerkschaften zum Schutze der Republik.

(Berlin. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund erlassen folgende von ihnen unterzeichnete Rundgebung: Von außen aufs schwerste bedrückt, inmitten einer scharf zugeschnitten innerwirtschaftlichen Krise wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch einen gewaltigen Ansturm gefährdet. Die durch die Behrmer Verfassung gewährleisteten Volksrechte sind bedroht. Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Rentner und der übrigen unbemittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerbittlicher. Kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander, so werden damit die letzten Möglichkeiten der Hebung der außen- und innenpolitischen Lage zerstört. Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als die Vertretung des werktätigen Volkes fordern ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volksschichten, sich zum Schutze der Verfassung der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereit stellen.

Das Verbot der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Thüringen aufgehoben.

(Berlin. Die Reichsregierung hat die von der thüringischen Regierung erlassene Verordnung gegen die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Thüringen aufgehoben.

Blutiger Zusammenstoß mit Separatisten.

(Berlin. Nach einer Meldung aus Gießen kam es gestern in Dauterbachs-Wald zu einem Zusammenstoß zwischen Separatisten, die eine Profabrik plündern wollten, und Arbeitern der Kruppischen Werke von Rheinhausen, welche den Plünderern entgegentraten. Die Separatisten flüchteten auf in der Nähe liegende Abteiskirche und beschossen die nachfolgenden Arbeiter, von denen sechs schwer verletzt wurden. Polizeigendarmen, die schließlich auf dem Kampfplatze erschienen, verhafteten die Separatisten.

Ein Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei.

(Berlin. Die Deutsche Nationalen Volkspartei hat im Reichstag den folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Reichsverfassung im Sinne einer besseren Vertretung der gesunden ökonomischen Grundgedanken zu überprüfen hat.

Zerbernung von Bonn.

(Bonn. Die im Bonner Rathaus seit einigen Tagen untergebrachten etwa 300 Sonderbändler wurden gestern nachmittags abgeholt. Gestern durchzogen sie mit umschweifenden Revolvern die Straßen der Stadt und forderten die Postanten zum Mitmachen auf und nahmen auch einige Verhaftungen vor. Dafür wurden sie von der französischen Besatzungsbefehlshaber entlassen und abgeholt. Im Rathaus liegen noch einzelne Sonderbändler.

Fortdauer der Verhandlungen über englische Kohlenkredit.

(London. Der Daily Mail zufolge werden die Verhandlungen Deutschlands mit englischen Finanzgruppen bezüglich der Belieferung Deutschlands mit Kohlen fortgesetzt. Vertreter des deutschen Vorkaufskontakts nahmen an den Verhandlungen teil. Die nötigen Sicherheiten werden durch das Vermögen des Zinkfunds in London geboten, das aus Auslandsdollars besteht, und durch zwei Holzbohlengruben in Mitteldeutschland.

## Vermischtes.

Schweres Unwetter an der Westküste von Schleswig-Holstein. Die Westküste von Schleswig-Holstein ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Die Bahnstraße Rendsburg-Husum ist infolge Hochwassers unterbrochen. Verschiedene Hochseefische sind durch Blitzschlag eingeleiert worden, wobei der Viehbestand und große Erntevorräte vernichtet wurden.

Die Franzosen als Landverwüster. Schon vor 100 Jahren haben die Franzosen bei der Befestigung des Rheinlandes traurige Spuren hinterlassen, indem sie die Wälder niederhieben und die Natur verwüsteten. In der Eifel wirken die von ihnen verursachten Schäden bis auf den heutigen Tag nach. Aber dieses Barbarentum von vor 100 Jahren wird weit übertroffen durch die Art, wie die Franzosen jetzt im besetzten Gebiet haufen. Wie im „St. Hubertus“ mitgeteilt wird, fällen sie 3 W. im Hundsrück grundsätzlich nur die schönsten Stämme, ohne Rücksicht auf irgendwelche Waldpflege zu nehmen. Dort stehen im Schutzgebiet Dornelbach große Bäume von 150 Jahre alten Weichbäumen, die in jahrzehntelanger Pflege aufgezogen wurden, um den Bedarf an ganz besonderen Starthölzern decken zu können. Diese Stämme sind durchweg 24 bis 26 Meter lang bei einem Mitteldurchmesser bis 60 Zentimeter und einem Asthöhenhalt bis zu 7 Metern das Stück. Zwei Drittel der Bäume ist akrein, kerngerade, gesund, sodass hier ein Material vorhanden ist, wie es selten in Europa vorkommt. Diese herrlichen Bäume des deutschen Waldes haben die Franzosen weggeschlagen und durch Fuhrenleute aus Luxemburg und Frankreich auf Lastkraftwagen verschleppt lassen. Frankreich ist nie ein Deger und Pfleger gewesen, bemerkt dazu die Zeitschrift. Es hat nach jedem erfolgreichen Kriege den Landesverwüster gespielt. Aber wenn diese französische „Forstpflege“ noch ein paar Jahre weitergeht wie bisher, dann ist der linksrheinische Wald wiederum auf 100 Jahre vernichtet, das ganze Land klimatisch dazu. Auch sonst hat Frankreich in allen linksrheinischen Wäldern schon furchtbare Verwüstungen angerichtet. Allein im Saarnwald sind über 300 Morgen besserer Nadelnbestände abgetrieben worden.

Eine südafrikanische Großstation. In Südafrika wird eine neue Marconi-Station errichtet, die 45 Kilometer von Kapstadt entfernt bei Klipheuwel liegt. Sie wird 750 Kilowatt leisten und so mit allen Großstationen anderer Erdteile in unmittelbarem Verkehr treten können. Vor allem ist die Verbindung mit Indien, Australien, Südamerika und England gewährleistet. Mit der Hauptpost in Kapstadt wird die Sendestation, ähnlich wie in Italien mit Berlin, durch ein direktes Takabel in Verbindung stehen.

Amerikanische Baumwollbaumethoden. Die amerikanische Baumwolle ist außer ihren kolossalen Ausmaßen auch durch die außerordentlich rasche Wachs-

ausführung bekannt. Dies wird ermöglicht durch eine gute Organisation und außerdem durch die vielen und ausgedehnten maschinellen Einrichtungen. Beim Bau einer großen vierstöckigen Lagerhalle in New York, das eine Länge von 183 Metern besitzt, wurden, wie die Zeitschrift „Seison und Eisen“ mitteilt, beispielsweise fünf Förderer benutzt. Die ganze Bauezeit für die Fertigstellung des Gebäudes betrug nicht mehr als 55 Arbeitstage.

Der neue englische Zeitungskönig. Die „Yorkshire Post“ bringt die sensationelle Mitteilung, daß in London gegenwärtig eine große Zeitschriftenkonferenz vor dem Abschluß sei. Lord Rothemere, der Bruder und Erbe Lord Northcliffe's, habe die gesamte Druckpresse für einen Preis von unca fünf Millionen Pfund Sterling erworben. Im Besitz der Familie Hulton befinden sich bekanntlich das wichtige Londoner Abendblatt „Evening Standard“ und der „Daily Sketch“, außerdem noch drei andere Tageszeitungen in London und Manchester, sowie mehrere Tausend Provinzialblätter.

## Kunst und Wissenschaft.

Wieder ein Pharaonengrab geöffnet. Aus Raizo wird berichtet, daß man in der Provinz Minia in Oberägypten ein Pharaonengrab gefunden hat. Den Eingeborenen war dieses Grab jedoch schon seit einiger Zeit bekannt, doch hielten sie das Geheimnis bewahrt und raubten ungeheure Silber- und Goldstücke aus dem Grabgewölbe. Erst als große Mengen älterer, wertvollerer Antiquitäten auf dem Markte erschienen, wurde bei den Behörden Verdacht erweckt, und Untersuchungen führten zur Verhaftung einer Anzahl der Grabräuber.

## Volkswirtschaftliches.

Der Milchpreis in Sachsen. Die Milchpreisprüfungsstelle teilt mit: In Ausführung des Beschlusses des Sächsischen Milchpreisausschusses vom 20. Oktober dieses Jahres ist mit Wirkung vom 7. November 1923 der Marktpreis zu 1 Liter Vollmilch, gefäht, ab Stall mit 11 Milliarden 800 Millionen Mark erachtet. Der Aufschlag beträgt unter 5 km Entfernung 230 Millionen Mark, über 5 km 350 Millionen Mark. Der Aufschlag für mehreremäßige Behandlung (pasteurisieren, sterilisieren) durch gewerbliche Landmilchereien für 1 Liter Vollmilch frei Wagnifikation, beträgt 20%, vom Milchpreis. Der Aufschlag für Verleitung (Milchfettverkauf durch Erzeuger an Verbraucher) beträgt 5%, vom Vollmilchpreis.

Postverkehr mit den besetzten Gebieten. Der Zentralverband des deutschen Großhandels hatte an das Reichsministerium eine Eingabe gerichtet, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Einschränkungen hinsichtlich des Postverkehrs mit den besetzten Gebieten in Fortfall kämen. Das Reichspostministerium teilt daraufhin mit, daß durch die Aufgabe des passiven Widerstandes hinsichtlich des Postverkehrs an dem bisherigen Zustande einschneidend geändert ist und daher nur Waren, die nach dem interalliierten Posttarif Postfreiheit genießen, nach den besetzten Gebieten, mit Ausnahme des Ruhrgebietes, gefandt werden können. Postpflichtige Waren jedoch dürfen veräußert nicht befördert werden. Es ist bisher noch nicht möglich gewesen, den Eisenbahnverkehr mit den besetzten Gebieten in dem erforderlichen Umfang aufzunehmen und zu vereinbaren über zollamtliche Behandlung der Postsendungen zu gelangen, da eine Verständigung jenseits Befestigung der zwischen der Reichsbahn und der Regeldahn bestehenden Verkehrsverbindungen noch nicht zustande gekommen ist. Nach dem Seargebiet sind gemöhnliche Pakete bis zum Gewicht von 20 kg mit postpflichtigen und postfreien Waren zugelassen. Eine Erweiterung des Postverkehrs wird mit allen Mitteln angestrebt.

Sächsischer Lebenshaltungsinde. (Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.) Nach den Preisfeststellungen vom 5. November 1923 sind von Statistiken Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden. Gesamtindex für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung 9450000000. Gesamtindex ohne Bekleidung 8890000000. Am 29. Oktober 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 14561000000 und ohne Bekleidungskosten 13837000000. Vom 29. Oktober bis 5. November sind mit ein die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 549,0 bzw. 542,3 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungssatz gegenüber Januar 1923 = 1) beträgt für den 5. November 1923 4700000000.

Das wertbeständige Notgeld der Handelskammer Dresden ist nun bereits in größeren Mengen in den Verkehr gelangt, sodass die Geschäftswelt damit rechnen muß, daß es öfters vom Publikum in Zahlung gegeben wird. Die Zurückweisung dieses Zahlungsmittels würde nicht nur größte Unruhe hervorrufen, da die Arbeitererschaft bereits teilweise damit entlohnt worden ist, sondern widerspricht auch dem eigenen Interesse der Kaufleute. Da das angegebene Notgeld stets in voller Höhe in Goldanleihe gedeckt ist und auch nach der Aufrufung, die spätestens am 15. Dezember d. J. erfolgt, zum Nennwert in Goldanleihe oder anderen wertbeständigen Zahlungsmitteln eingelöst wird, erhält der Geschäftsmann mit ihm ein Zahlungsmittel, das der Goldanleihe gänzlich gleichwertig und somit wertbeständig ist. Besonders sei hervorgehoben, daß dieses Geld bei allen Girokonten in Sachsen, also auch in den kleinsten Orten Sachsens, einlösbar und dadurch in ganz Sachsen unlaufsähig ist.

Die Börse am Dienstag. An denjenigen Auslandsbörse, an denen die deutsche Mark überhaupt noch gehandelt und notiert wird, ist gestern eine weitere starke Rückhaltung der Kurse eingetreten. Lediglich trägt man sich auch in Prag mit dem Gedanken, die Reichsmark nicht mehr notieren zu lassen, was angesichts der lebhaften Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei von verheerender Wirkung sein wird. In Berlin gehen die Diskussionen über eine Schließung der Börse weiter. Das Reichsministerium scheint gegen eine solche Maßnahme zu sein, andererseits ist aber auch zu bemerken, daß am Devisen- und am Effektenmarkt 3. Jt. jede Orientierung fehlt. Der Börsevorstand der Kölner Börse wird darüber beschließen, ob diese vorläufig geschlossen werden soll. In Berliner Börsenkreisen ist man eher für ein Weiterarbeiten. Für die Bewertung der Goldanleihe fällt die Tatsache schwer ins Gewicht, daß die Reichsregierung unerwartet Goldschmelzungen im Betrag von 300 Millionen andeigt und daß andererseits die Goldanleihekäufer genötigt werden sollen, sofort einzahlen zu lassen. Infolge dieser Maßnahmen hat die Nachfrage sehr nachgelassen. Die bekanntgegebene Verordnung des Reichspräsidenten, wonach für alle Verträge und Umrechnungen der Berliner Markkurs gelten soll, wird in höchsten Finanzkreisen als Zeichen dafür angesehen, daß auch an den amtlichen Stellen vollkommene Marklosigkeit herrscht. Wenn der amtliche Markkurs mit 420 Milliarden beibehalten wird, so erachtet sich sowohl für den Waren- und Lebensmittelmärkte wie auch für die Effektenbörse Preise und Kurse in Goldmark, die weit über denen der Friedenskurve liegen. Man ist deshalb der Meinung, daß es der Reichsbank nicht mehr möglich sein wird, diesen Dollarkurs aufrecht zu erhalten.

## Marktsprüche.

Am 6. November. Getreide und Ölsamen pro 1000 kg, fest pro 100 kg. In Goldmark (4,20 Goldmark = 1 Dollar Goldanleihe). Weizen märkischer 180-197,50. Weizenb. Roggen, märkischer 184,50-189. Weizenb. Sommergerste 180,50-184,50. Roggen, östlicher 183-188. Roggen, westlicher ohne Gehalt. Roggenmehl ohne Gehalt. Weizenmehl und Roggenmehl 5,00 bis 8,40. Matt. Viktoria-Größen 43-52. Keine Größe-Größen 33-36. Kapseln 15,50-16. Kartoffeln 2,40-2,50.

## Wirtschaftszahlen für den 7. November 1923.

1 Goldmark (Berliner Weisheit)	150 029 404 782	Papiermark
1 Dollar Goldmark (Berliner Kurs)	—	Milliarden
1 Dollar Goldmark (Berliner Kurs)	—	Milliarden
Halbmarkenpreis (1-Mark-Stück)	640	Teuf. p. kg
Silbermarkenpreis (1-Mark-Stück)	35 000 000 000	(Steuerung 348%)
Goldmarkenpreis für Reichssteuer	100 000 000 000	(Steuerung 348%)
Reichsrenten	18 871 000 000	(Steuerung 348%)
Sächsische Gesamtrenten (mit Beilebung)	84 800 000 000	(Steuerung 348%)
(ohne)	88 900 000 000	(Steuerung 348%)
Großhandelsrenten	14 800 000 000	(Steuerung 1287%)
Gegenwert des Geldverkehrs bei Auslandspostsendungen usw.	84 000 000 000	
Berliner Postämter	75 000 000 000	
Es folgt ein Gespräch im Ortsverkehr	7 500 000 000	
Postamt: Ortsbrief	800 000 000	
Ortspostkarte	200 000 000	
Fernbrief	1 000 000 000	
Fernpostkarte	800 000 000	

## Am tliches.

Auf Blatt 663 des Handelsregisters ist die Firma Arno Rinne in Großhain und als deren Inhaber der Kaufmann Arno Ernst Rinne in Großhain eingetragen worden. Angabener Geschäftszweig: Handel mit Getreide, Düngemitteln, Futtermitteln und Kartoffeln. Amtsgericht Niesla, den 5. November 1923.

Seite 158 des Ritterrechtsregisters ist heute eingetragen worden: Fabrikdirektor Dr. phil. Gustav Rinne in Großhain und dessen Ehefrau Sophie geb. Buscher betr.

Der Mann hat die Ausschließung des Rechtes der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, durch Notariatsprotokoll vom 26. Oktober 1923 wieder aufgehoben.

Amtsgericht Niesla, den 6. November 1923.

## Wahlauweise.

In den nächsten Tagen werden den Hausbesitzern bzw. deren Stellvertretern dieser Stadt Wahlauweise der in ihren Häusern wohnenden wahlberechtigten Personen zugestellt werden. Wir bitten die Hausbesitzer bzw. deren Stellvertreter, diese Wahlauweise entgegenzunehmen und den auf dem Wahlauweise verzeichneten Personen auszustellen. Sollten Personen aus dem betr. Grundstück verzoogen sein, bitten wir, die Wahlauweise sofort in Rathaus, Rathaus, Zimmer Nr. 15, zurückzugeben. Die wahlberechtigten Personen selbst bitten wir, um das Wahlgeschäft zu erleichtern, diese Wahlauweise zum Wahltag unbedingt mitzubringen.

Der Rat der Stadt Niesla, am 7. November 1923.

Donnerstag, den 8. November 1923, nach 3 Uhr kommen im Stadtpark eine Anzahl Brennholzhaufen meistbietend zur Versteigerung. Bedingungen werden vorher bekannt gegeben. Treffpunkt: Brücke an der Jagha.

Der Rat der Stadt Niesla, am 7. November 1923.

## Bereinsnachrichten

Chorverein. Do., 8. 11., 8 Damen, 9 Herren.

## Deutsche Volksspiele

Gruppe Hugo Heuer-Ries  
Paradesspiel aus Oberufer (1400)  
Seth, die goldene Legende der Verhelsung  
Sonntag, 10. 11. 23, 8 Uhr im „Anker“ Gröba,  
Sonntag, 11. 11. 23, 8 Uhr Turnhalle der Gröbner  
Schule: Kaspertheater.

## Die Ausgabe von Gutscheinen

erfolgt Donnerstag, den 8. November a. c., von vorm. 9-12 Uhr und nachm. 2-5 Uhr an unserer Kasse zum Einheitspreis von 40 Goldpfennigen für eine Kilowattstunde Licht- oder Kraftstrom.  
Zukünftig werden die Gutscheine ohne besondere Bekanntmachung bis auf weiteres zum obigen Einheitspreis an jedem Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von vorm. 10-12 Uhr und nachm. 2-5 Uhr auszugeben. Die Umrechnung auf Papiermark erfolgt zu dem letzten am Abgangstage der Gutscheine bekannten amtlichen Berliner Dollarkurs.  
Die auf Gutscheine entnommenen Strommengen sollen möglichst den voraussichtlichen Monatsbedarf nicht übersteigen.

## Elektrizitätswerk Niesla.

## Alteisen, Metalle

gebr. Maschinen aller Art kaufen jeders. 1 Tagespreis  
Goldammer & Co., Fernhr. 553.

## Für Weihnachts-geschenke

Man verlange überall  
Haberberger Billner!  
Raufmann sucht für sofort  
möbliertes Zimmer  
geg. wertbeständige Bezah-  
lung. Angeb. unt. D 8 600  
an das Tagesblatt Niesla.  
3000 Stk. abgeputzte  
anteilsweise  
zu verkaufen. Schellberg,  
Haberger, Gumbertstr. 2.  
empfehle! Außerst preisw.  
Zebische, Edelsteine,  
beden, Tischdecken, Woll-  
schürzen, Bettvor-  
leger, Kissen, Plüsch-  
u. Plüschmatten, sowie  
sämtl. Polstermöbel  
Arthur Stidig  
Rindmühlstr. 27.